

## Bulgarien - Europäische Union

### Gegner des EU-Beitritts Bulgariens im Europaparlament in der Minderheit

**Der Beitritt Bulgariens und Rumäniens Anfang 2007 in die Europäische Union wird von der Mehrzahl der Abgeordneten im Europäischen Parlament begrüßt. Das wurde insbesondere in den Debatten über den jüngsten Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission für beide Länder vor genau einer Woche deutlich.**

Ein Teil der Europaabgeordneten sprach sich gegen die pendente Position der Europäischen Kommission aus, den konkreten Beitrittstermin erst in ihrem nächsten Fortschrittsbericht im Oktober zu nennen. Die EU-Kommissare vertraten die Ansicht, dass Bulgarien und Rumänien noch so einiges im Kampf gegen die organisierte Kriminalität und Korruption tun können. Als offene Gegner eines baldigen Beitritts erwiesen sich einige Abgeordnete aus den Reihen der Grünen. Ihre Meinung brachte ihr Fraktionsvorsitzender, Daniel Cohn-Bendit, folgendermaßen zum Ausdruck:



"Vor einem Jahr behaupteten alle, dass Bulgarien große Anstrengungen bei der Vorbereitung auf seinen EU-Beitritt an den Tag gelegt habe, während Rumänien zurückbleibe. Plötzlich müssen wir erkennen, dass sich die Dinge gewendet haben und Rumänien einen Vorsprung aufweist. In nur sechs Monaten kann das Bild aber wieder ganz anders aussehen. All das deutet darauf hin, dass in diesen Ländern weiterhin stürmische Entwicklungen geschehen und man nur schwer das reale Niveau einschätzen kann. Unserer Ansicht nach ist keines der beiden Länder auf einen EU-Beitritt zureichend vorbereitet. Ich will damit nicht sagen, dass keine Fortschritte verzeichnet werden, man sich nicht bemüht und es unmöglich sein wird, den Kriterien zu entsprechen. Bulgarien und Rumänien müssen aber die nötige Zeit dazu erhalten und zwar bis Anfang 2008", sagte Daniel Cohn-Bendit. Doch selbst die kleine Gruppe der "grünen" Gegner ist in sich uneins.

Els de Groen, Mitglied des Parlamentsausschusses "Bulgarien - Europäische Union" ist ihrerseits der Ansicht, dass es gefährlich sei, der bulgarischen Gesellschaft ein klares Zeichen für den Beitritt am 1. Januar 2007 vorzuenthalten. Das Fehlen einer klaren Perspektive und der Hoffnung auf baldige europäische Integration könne ihrer Ansicht nach den Euroskeptizismus und die neuentstandenen nationalistischen Strömungen fördern.



"Ich denke, wir sind den Ländern Osteuropas einiges schuldig geblieben", sagt Els de Groen. "Wir wurden nicht von Stalin, sondern von Rosevelt befreit und das hat den Verlauf unseres Lebens bestimmt. Wir dürfen uns heute nicht in unserer Burg der Glücklichen verschanzen und draußen jene lassen, die ein schwierigeres Schicksal gehabt haben. Wir können nicht von Bulgarien erwarten, dass es für den Verlauf der Geschichte bezahlen muss, sondern im Gegenteil, wir müssen unsere Verantwortung gegenüber Osteuropa ernst nehmen und es in die europäische Familie wieder eingliedern."

Die "Grünen" im Europäischen Parlament sind im Ganzen der Ansicht, dass die Abstimmung über den zeitlich näheren Beitrittstermin 1. Januar 2007 die Regierungen in Bulgarien und Rumänien beruhigen und die Reformen verlangsamen würde. Der Aufschub um ein Jahr hingegen würde die Spannung und das Reformtempo aufrechterhalten. Hinter den Positionen der "Grünen" verbergen sich aber auch Bedenken geopolitischen Charakters.

"Vor uns liegen zwei ungelöste Probleme", sagte weiter der Fraktionsvorsitzende der "Grünen" im Europäischen Parlament, Daniel Cohn-Bendit. "Vor der letzten Erweiterung haben wir es versäumt, die Prozesse innerhalb der Europäischen Union zu vertiefen. Jetzt, da wir 25 Länder sind, wird uns das schwer fallen; wenn wir auf 27 anwachsen noch mehr. Das zweite Problem besteht darin, dass die Aufnahmekriterien nicht mehr mit dem nötigen Ernst betrachtet werden und letztendlich die Länder des Westbalkanraums und die Türkei die Leidtragenden sein werden. Es wird nämlich so kommen, dass nach dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien die Europäische Union sagen wird, jetzt werden wir aber wirklich strenger sein. Eine solche ungerechte Herangehensweise gegenüber den unterschiedlichen Ländern ist aber unserer Ansicht nach unzulässig", sagte der Fraktionsvorsitzende der "Grünen" im Europäischen Parlament, Daniel Cohn-Bendit.